

Ellwangen, den 2.11.2015

Bündnis gegen die Agrarfabrik in Ellwangen

Offener Brief an die zuständigen Minister und Abgeordneten

Sehr geehrter Damen und Herren Abgeordnete,

in Ellwangen wird der Bau einer Agrarfabrik für 2500 - 3 000 Rinder geplant, die alle bisher im Land bekannten Dimensionen sprengen und massive Belastungen für Landwirte, Landschaft, Anwohner, Natur und Umwelt bringen würde. Es wäre der vorläufige Tiefpunkt einer schon jahrelangen, unheilvollen Entwicklung von bäuerlicher Landwirtschaft zu Agrarindustrie. Deshalb reicht es uns nicht, dagegen zu sein. Wir wollen eine Änderung der Agrarpolitik, die solche Mega-Ställe ermöglicht oder gar befördert.

### **Exzessiven Maisanbau einschränken!**

Auf dem Kobeleshof, wo mit 500 Kühen aktuell der größte Stall der Region steht, wird jetzt schon exzessiv Silomais angebaut, oft viele Jahre hintereinander auf den gleichen Äckern. In dieser Monokultur blüht absolut nichts, die Bürger beschwerten sich über die Vermaisung der Landschaft, die Bodenfruchtbarkeit wird gefährdet und der Ausbreitung von Schädlingen Tür und Tor geöffnet. Diese übermäßige Anpflanzung von Mais ist durchaus legal, weil der Gesetzgeber bis zu 75% Mais auf der Gesamt-Ackerfläche eines Betriebs erlaubt hat, was mit Nachhaltigkeit nichts zu tun hat. Die Agrarfabrik Kobeleshof wird mindestens weitere 1 000 ha Mais benötigen. In der Folge werden auch andere Landwirte, denen die Futterflächen dann knapp werden, verstärkt Mais anbauen, einfach weil Mais den höchsten Futterertrag bringt. Wie wird dann unsere Virngrund- und Ostalblandschaft aussehen?

Es ist sehr schade, dass der Mais, eine sehr wertvolle und vielseitige Pflanze, von wenigen übergroßen Rinderhaltern und „Bio“-gasbetreibern durch maßlosen Anbau in Verruf gebracht wird.

### **Pachtpreibremse statt Flächenfraß!**

Dieser hohe Flächenbedarf der Agrarfabrik wird Chancen der übrigen Landwirte in der Region drastisch verschlechtern, egal, ob die Flächen per Pacht-, Futterliefer- oder Güllevertrag entzogen werden. Insbesondere die vielen Junglandwirte in der näheren Umgebung, die oft auch moderat wachsen wollen, wird das hart treffen. In unserer Region wurden die Pachtpreise durch die Mais- „Bio“-gasanlagen und den Flächenfraß für Strassen- und Siedlungsbau jetzt schon so hoch getrieben, dass man vom Gesetzgeber eine „Pachtpreibremse“ für landwirtschaftliche Nutzflächen fordern muss – analog und mit gleicher Berechtigung wie die Mietpreibremse für Wohnungen.

### **Unser Trinkwasser schützen!**

Deutschland schleppt seit Jahren die größten Probleme in Europa mit nitratbelastetem Trinkwasser mit sich herum und wird deshalb jetzt von der EU-Kommission angegangen. Diese Probleme treten vor allem da auf, wo sich industrielle Tierhaltung konzentriert und deshalb unvorstellbare Mengen an Gülle entsorgt werden müssen, z.B. im Nordwesten von Deutschland.

### **Unser Ostalbkreis darf auf keinen Fall zu einer solchen Gülleregion verkommen!**

Die neue Düngeverordnung ist ein hilfloser Versuch, dieser Probleme Herr zu werden. Sie belastet fast alle Landwirte, anstatt das Übel dort anzupacken, wo es entsteht, nämlich bei den Agrarfabriken.

### **Wachstum statt Wucherung!**

Die Investoren vom Kobeleshof nehmen für sich das Recht auf Wachstum in Anspruch, wie die Industriebetriebe in der Region. Verdient dieses Projekt den Begriff Wachstum? Wenn ein Kind, ein Baum oder ein Getreidefeld wächst, geschieht das organisch und nützt dem Gemeinwohl. Wenn aber das Unkraut ein Feld oder einen Garten überwuchert oder ein Geschwür sich breit macht, schadet das dem Ganzen und man spricht von Wucherung. Auch das, was man auf dem Kobeleshof vor hat, schadet durch seinen Gigantismus der Landwirtschaft, der Allgemeinheit, der Natur und der Umwelt weit mehr als es nützt. Deshalb können wir durchaus von Wucherung sprechen.

### **Faire Agrarpolitik!**

Während immer mehr Bauern in Deutschland und der ganzen EU durch ungezügelter Märkte und falsch verteilte Förderungen in größere Produktionseinheiten gedrängt werden und ihre Höfe zu Agrarfabriken vergrößern, richten die so erzeugten Überschüsse in der 3. Welt großen Schaden an. Vor allem in Afrika können viele Bauern nicht mit den Überschussprodukten aus Europa konkurrieren und verlieren ihre Märkte und ihr Einkommen. Auch aus diesen ausgebeuteten Ländern landen dann „Wirtschaftsflüchtlinge“ bei uns.

**Wir Bauern wollen gute und gesunde Lebensmittel für unsere Bevölkerung zu einem fairen Preis erzeugen und nicht billige Massenware für den Weltmarkt!**

### **Durchmarsch der Agrarfabriken stoppen!**

Die Bevölkerung lehnt Agrarfabriken aus folgenden Gründen ab:

- übermäßiger Maisanbau,
- viele Straßentransporte,
- gigantischen Güllemengen,
- Verdrängung der bäuerlichen Landwirtschaft,
- Zweifel an der Tiergerechtigkeit.

Unter Kommunalpolitikern herrscht jedoch wegen der komplizierten Gesetzeslage häufig die Meinung, man könne Agrarfabriken ja eh nicht verhindern und müsse deshalb zustimmen.

**Wir brauchen Gesetze, die es den Gemeinden einfacher machen, Agrarfabriken abzulehnen. Insbesondere ist die Privilegierung von Agrarfabriken abzuschaffen.**

### **Die Agrarfabrik Kobeleshof hat eine bahnbrechende oder gar dammbrechende Bedeutung für die Industrialisierung der Landwirtschaft in unserem Land.**

Wenn dieses Vorhaben umgesetzt wird, werden viele andere folgen wollen. Viele werden meinen, in diese Größenordnung wachsen zu müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Gibt es in 10 oder 20 Jahren nur noch solche Agrarfabriken mit exzessivem Maisanbau? Was passiert dann mit unserer Landschaft, dem Trinkwasser, der Natur, den verdrängten Bauern? Ist das politisch so gewollt?

### **Landgrabbing verhindern, auch im Ländle!**

Nicht nur in Afrika und Asien eignen sich Agrarkonzerne, chinesische Staatskonzerne u.a. riesige Ländereien an, oft mit Hilfe korrupter Regierungen und mit Waffengewalt. Auch bei uns zählt die Macht des großen Geldes: immer mehr Bauernland fällt als rentable und vor allem sichere Kapitalanlage in die Hände von außerlandwirtschaftlichen Heuschrecken-Investoren, oft mit Hilfe von Landwirten als Strohmänner.

**Führt das in eine neue Feudalherrschaft, in der Agrar- und Lebensmittelkonzerne das Land und die Märkte beherrschen?**

Mit abhängigen, unfreien Bauern wie zu Zeiten der Leibeigenschaft? Ist das politisch so gewollt?

Sehr geehrter Damen und Herren, als zuständige Abgeordnete fordern wir Sie deshalb dringend auf,

- ***in diesem Konflikt sich klar auf die Seite der bäuerlichen Landwirtschaft und gegen Agrarfabriken zu stellen,***
- ***sich für eine nachhaltigere Agrarpolitik einzusetzen, die gute Qualitäten und faire Preise als erstes Ziel hat, und nicht die Eroberung von Weltmärkten mit Billig-Massenware,***
- ***den Gemeinden Instrumente an die Hand zu geben, mit denen sie gigantische Agrarfabriken verhindern können,***
- ***gegen weitere existenzbedrohende Pachtpreiserhöhungen einzutreten (Pachtpreiskontrolle),***
- ***für die Begrenzung des Maisanbaus auf ein nachhaltiges Maß einzutreten***
- ***landwirtschaftliche Flächen vor außerlandwirtschaftlichen Investoren zu schützen***

Sehr gerne würden wir diese Fragen und Forderungen mit Ihnen diskutieren, gerne auch öffentlich.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis gegen die Agrarfabrik in Ellwangen, die Sprecher:

Martin Häring, Westhausen-Jagsthof  
Alois Brenner, Ellwangen-Engelhardtsweiler  
Klaus Mayer, Ellwangen-Lindenhof  
Philipp von Woellwarth, Essingen-Hohenroden  
Thomas Ziegler, Abtsgmünd-Schleifhäsle  
Veit Hofrichter, Neuler Burkhardsmühle

Verteiler:

Minister Christian Schmidt, Minister Alexander Bonde,  
MdEP Dr. Inge Gräßle, MdEP Evelyne Gebhardt, MdEP Maria Heubach, MdEP Michael Theurer,  
MdB Roderich Kiesewetter, MdB Christian Lange, MdB Norbert Barthle, MdB Klaus Maier, MdB Harald Ebner,  
MdL Winfried Mack, MdL Dr. Stefan Scheffold, MdL Brigitte Lösch  
Ministerialdirektor Wolfgang Reimer  
Landrat Klaus Pavel  
Die Bürgermeister von Ellwangen und Nachbargemeinden

Dieser offene Brief wurde am 2.11.2015 bei einer Versammlung des Bündnisses mit etwa 30 Anwesenden in Ellwangen-Engelhardtsweiler vorgetragen und gebilligt.